



<https://menschen-rechte-tue.org/>
info@menschen-rechte-tue.org
Janusz-Korczak Weg 1, 72072 Tübingen



<https://planb.social>
info@planb.social



Tübinger Spendenaufruf

Afghanistan-Hilfe Winter 2022 / 2023!

Mit unserer Aktion „save our families – Spendenaufruf für afghanische Familien“ haben wir im Winter 2021/22 ca. 70 Familien in Afghanistan mit insgesamt 35.000 Euro unterstützt – bis das Geld ausgegangen ist. Alle diese Menschen sind verwandt mit Geflüchteten aus Afghanistan, die in der hiesigen Region leben und die jeden Cent, den sie haben, nach Afghanistan schicken, weil sich die dort lebenden Angehörigen nicht mehr selbst versorgen können und von Elend, Krankheiten und Hunger betroffen sind und/oder sich in Gefahr befinden.

Wir bedanken uns sehr herzlich für die Spenden des vergangenen Jahres! Diese haben sehr vielen Menschen sehr konkret geholfen. Die Spendenempfänger*innen in Afghanistan und hier in Deutschland waren sehr dankbar dafür! Wir möchten versuchen, diese Hilfe auch im Winter 2022 fortsetzen zu können. Dafür brauchen wir Ihre Hilfe. **Unser Spendenziel ist mindestens 30.000 Euro. Dies sind unsere Aktivitäten:**

- **Wir helfen weiterhin afghanischen Familien, die mit im Raum Tübingen lebenden Geflüchteten verwandt sind und sich in Afghanistan in einer existenziellen humanitären Notlage befinden und nicht aus Afghanistan raus können – damit sie sich mit dem Lebensnotwendigsten (Essen, Kleidung, Medikamente, Heizmaterial etc.) versorgen können**
- **Wir stellen Anträge im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan für Menschen, die sich in Afghanistan in Lebensgefahr befinden, weil sie vom Taliban-Regime bedroht sind und dringend aus Afghanistan raus müssen. Diese Arbeit ist sehr zeitaufwendig. Wir unterstützen bei Reisekosten und Kosten für Visa, Pässe und andere notwendige Dokumente.**
- **Wir unterstützen die Menschen, die im Rahmen dieses Programms aufgenommen werden, bei der Integration und den dabei anfallenden Kosten, die sie nicht selbst tragen können**
- **Wir helfen anerkannten afghanischen Geflüchteten bei allen Schritten bei ihren (komplizierten) Anträgen für die Familienzusammenführung mit ihren Ehefrauen und/oder Kindern**

Dafür bitten wir auch in diesem Winter um Spenden auf das Konto von
menschen.rechte Tübingen e.V., Volksbank in der Region,
IBAN: DE16 6039 1310 0308 1020 02, BIC: GENODES1VBH
ggf. Verwendungszweck: Afghanistan-Hilfe

Hinweis: Spenden an den als gemeinnützig und mildtätig anerkannten Verein sind steuerlich abzugsfähig. Für Spenden bis 300 Euro reicht der Kontoauszug als Nachweis gegenüber dem Finanzamt. Wir stellen aber gerne auch für geringere Beträge eine Spendenbescheinigung aus. Bitte geben Sie für eine Spendenbescheinigung die Adresse im Verwendungszweck an.

Mehr Informationen umseitig und auf <https://menschen-rechte-tue.org>

Weitere INFORMATIONEN:

Afghanistan ist für viele Menschen „gefühl“ weit weg. Nach dem desaströsen Abzug der internationalen Truppen nach 20 Jahren erfolglosem „war on terror“ und der Machtübernahme durch die Taliban im Sommer 2021 sind schnell andere akute Krisen wie die Corona-Pandemie oder der Ukraine-Krieg in den (medialen) Fokus gerückt. Dazu kommen Dauer„krisen“ wie die Klimakatastrophe und alles, was damit zusammenhängt. All dies erscheint „uns“ viel wichtiger als was am Hindukusch passiert. Doch nicht nur, weil dies wahrscheinlich einfach nur die verschiedenen Seiten derselben Medaille sind, sind „wir“ weiter mitverantwortlich für die verheerende Situation in Afghanistan. Deswegen wünschen wir uns „Solidarität statt Wegschauen“.

Situation in Afghanistan: Afghanistan war und ist das unsicherste, gefährlichste und tödlichste Land dieser Welt. 40 Jahre Krieg haben nicht nur zu zigtausenden Toten und Verletzten sowie Millionen von Flüchtlingen geführt, sondern auch ein Land hinterlassen, dessen humanitäre Lebensverhältnisse katastrophal sind. Schon vor dem Sommer 2021 stand Afghanistan auf einem der letzten Plätze der Welt beim „Human Development Index“. Seit das Land von den Taliban übernommen wurde, nehmen Rechtlosigkeit, Willkür, Chaos und soziale Verelendung noch weiter zu. Seit 2015 hat sich die Zahl der Menschen, die humanitäre Hilfe braucht, verfünffacht. Laut UNO-Flüchtlingshilfe leben 19,7 Millionen Afghan*innen, über die Hälfte der Bevölkerung, unter akuter Ernährungsunsicherheit, vor allem die 3,4 Millionen Menschen, die durch den anhaltenden Konflikt im Land vertrieben wurden. Laut OCHA sind 4,7 Millionen Kinder, schwangere und stillende Frauen im Jahr 2022 von akuter Mangelernährung betroffen; 3,9 Millionen Kinder sind unterernährt. Auf der menschenrechtlichen Ebene ist die Bevölkerung der Willkür der Taliban ausgeliefert. Die neuen Machthaber mögen in der Lage sein, den Straßenverkehr zu kontrollieren. Das Regime begeht jedoch straflos fundamentale Menschenrechtsverletzungen insbesondere gegen Frauen und Mädchen. Widerständige Gemeinschaften wie Hazaras und Panjshiris sowie alle (vermeintlichen) Gegner*innen müssen stets mit gewaltsamen Übergriffen bis hin zu extralegalen Tötungen rechnen. Viele Menschen müssen sich versteckt halten und können nicht mehr arbeiten. Presse- und Meinungsfreiheit wurde extrem eingeschränkt. Machtmissbrauch durch einzelne Taliban bleibt ungestraft.

Afghanistan now has the highest number of people in emergency food insecurity in the world – this is a terrifying 35 per cent increase from the same time last year. More than one in two children under-five is facing acute malnutrition and will be at risk of death if immediate action is not taken.“

(OCHA, United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, Januar 2022)

Von der hastigen Evakuierung bis zum Bundesaufnahmeprogramm: Die Machtübernahme durch die Taliban im August 2021 führte zu einer hastigen und gefährlichen Evakuierungsaktion. Doch bereits am 27.8.2021 erklärte das Auswärtige Amt das Ende der Evakuierungsflüge und dass sich Deutschland ab diesem Zeitpunkt nur noch für Personen einsetzen werde, die deutsche Staatsbürger*innen sind oder die als ehemalige sog. Ortskräfte oder als besonders schutzbedürftig klassifizierte Afghan*innen (sog. „Menschenrechtsliste“) bereits vor dem 27.8.21 eine Aufnahmezusage hatten. Zehntausende wurden zurück und im Stich gelassen. Im Dezember 2021 kam die neue Bundesregierung ins Amt. Als eine ihrer ersten Amtshandlungen verkündete die neue Außenministerin Anna-Lena Baerbock am 23.12.2021 einen umfangreichen [Aktionsplan Afghanistan](#). Zu diesem gehörte neben der Fortsetzung der Aufnahme von sog. Ortskräften und gefährdeten Afghan*innen die Einführung eines Bundesaufnahmeprogramms. Es sollte bis zum Oktober 2022 dauern bis dieses Programm das Licht der Welt erblickte. Bis dahin wurden über das Ortskräfteverfahren und über die sog. Menschenrechtsliste rund 26.000 Menschen in Deutschland aufgenommen. Viele Anträge wurden jedoch auch abgelehnt, insbesondere viele „Ortskräfte“ verbleiben in extremer Lebensgefahr. Jetzt ist das [Bundesaufnahmeprogramm](#) in Gang gesetzt worden. Eine Aufnahmeanordnung gibt es noch nicht, aber die Absicht, pro Monat Aufnahmezusage für bis zu 1.000 Menschen, die in Afghanistan in Gefahr sind, zu machen. Organisationen der Zivilgesellschaft fungieren als Meldestellen und können Anträge einreichen. Auch move on ist als Meldestelle registriert. Es gibt viele Zweifel, ob das gut klingende Programm halten wird, was es verspricht. Das Antragsverfahren ist jedenfalls extrem bürokratisch und es gibt keine finanzielle Förderung für die Meldestellen. Neben den Schwächen des Programms gibt es auch Widerstände von konservativer Seite. So teilte die baden-württembergische Justizministerin Gentges (CDU) der Bundesinnenministerin Faeser (SPD) mit, dass sie das Aufnahmeprogramm nicht unterstützen wolle. Motto: Ukraine ja, Afghanistan nein.



Sonderhilfe: Der 22-jährige Baqir M. wurde im April 2022 Opfer eines Bombenanschlags auf eine Moschee in Ghazni. Er drohte zu erblinden. Mit unserer Hilfe konnte er in Kabul die nötigen Operationen bekommen.

Aktivitäten von move on / Plan.B: Im August 2021 haben wir in der Region lebende afghanische Geflüchtete in 60 Fällen bei Anträgen zur Evakuierung und humanitären Aufnahme von Angehörigen beraten und in Zusammenarbeit mit Bundestagsabgeordneten an das Auswärtige Amt weitergeleitet. Leider ist nur einer dieser Anträge positiv beschieden worden. Wie später zu erfahren war, sind zahllose Anträge beim Auswärtigen Amt unbearbeitet liegen geblieben. Um den in Afghanistan verbliebenen Menschen, die nicht nur in Gefahr waren, sondern auch in schwere materielle Not geraten sind, helfen zu können, haben wir im November 2021 die Spendenaktion „save our families“ gestartet. Durch die Unterstützung vieler Spender*innen konnten wir fast 70 Familien jeweils mehrere Monate lang zwischen 50 und 200 Euro monatlich zukommen lassen. Dies half diesen Menschen beim Überleben. Wir waren sehr glücklich, als das Auswärtige Amt im Dezember 2021 die Aufnahmezusage für eine Journalistin und Menschenrechtsaktivistin mit ihrer Familie machte. Ende Februar 22 konnte diese Familie nach Deutschland einreisen und lebt jetzt im Zollernalbkreis.

INFORMATIONEN für Spender*innen: Wir vergeben die Mittel nicht pauschal, sondern die hier lebenden Verwandten müssen Anträge stellen und falls bewilligt die Überweisungen nachweisen. Falls mehr Spenden als gebraucht eingehen, werden diese zur weiteren Hilfe für afghanische Geflüchtete oder zu sonstigen satzungsgemäßen Zwecken verwendet. Wer uns die E-Mail-Adresse angibt, wird von uns auf dem Laufenden gehalten. Die Aktion wird auch auf <https://menschen-rechte-tue.org> dokumentiert.

Hinweise

UNO Flüchtlingshilfe (4.11.2022): Afghanistan. Vertriebene in größter Not. [Wenn Unsicherheit und Hunger zum Alltag gehören](#)

OCHA (Nov. 2022): [WFP Afghanistan: Situation Report 21 November 2022](#)

Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan: <https://www.bundesaufnahmeprogramm.afghanistan.de>

Afghanistan Zhaghdablai (Thomas Ruttig) (12.11.2022): [Tendenz zur Mogelpackung: Neues zum Afghanistan-Bundesaufnahmeprogramm](#)

Stahlmann, Friederike (aktualisiert September 2022): Erfahrungen und Perspektiven abgeschobener Afghanen im Kontext aktueller politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen Afghanistans. [Link zum Diakonischen Werk Baden-Württemberg](#) Herausgegeben von Diakonie Deutschland, Brot für die Welt, Diakonie Hessen

move on (13.03.2022): [Gefährdete afghanische Familie erhält Aufnahme in Deutschland](#) / move on (Januar 2022): Spendenaufruf „save our families“ von Anfang 2022

Feroz, Emran (2021): Der längste Krieg. Westend Verlag.